

Südafrika

Soest, Christian von; Dickow, Helga

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sonstiges / other

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Soest, C. v., & Dickow, H. (2018). *Südafrika*. (Dossier: Innerstaatliche Konflikte). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61060-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0>



Südafrika



Von Christian von Soest, Helga Dickow

4.6.2018

Dr. Christian von Soest ist Lead Research Fellow und Leiter des Forschungsschwerpunkts "Frieden und Sicherheit" am GIGA German Institute of Global and Area Studies. Er ist zudem Mitarbeiter des GIGA Büro Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören internationale Sanktionen und Interventionen, Autoritarismus, Regierungsführung und Staatlichkeit. Sein regionaler Schwerpunkt ist das südliche Afrika, hier vor allem Südafrika, Simbabwe, Sambia und Botswana.

Dr. Helga Dickow ist seit 1988 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arnold-Bergstraesser-Institut. 1996 bis 1998 war sie am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt, 1999 bis 2002 als Referatsleiterin beim Diakonischen Werk der EKD und von 2002 bis 2004 für die GTZ im Tschad tätig. Forschungsschwerpunkte: Zentrales und Südliches Afrika, Transformationsprozesse, ethnische und religiöse Konflikte, Evangelikale (Charismatische) Kirchen.

Südafrika ist ein Beispiel für einen insgesamt erfolgreichen Friedensprozess. Die größte Gefährdung geht von massiven sozial-ökonomischen Problemen aus. Verantwortlich ist die zunehmend korrupte schwarze Führungselite. Die Niederschlagung der Proteste und Versuche, die Medien stärker zu kontrollieren, gefährden die demokratische Entwicklung.

Südafrika ist ein Beispiel für einen insgesamt erfolgreichen Friedensprozess. Die größte Gefährdung geht von massiven sozialen und wirtschaftlichen Problemen aus, verantwortlich ist die zunehmend korrupte Führungselite. Mit der Amtsübernahme von Präsident Ramaphosa verbinden die Bevölkerung und der regierende ANC große Hoffnungen.

Der Weg zum Frieden

Im Jahr 1990 ließ die Apartheidregierung in Südafrika ihren berühmtesten Gefangenen Nelson Mandela nach 27 Jahren Haft frei. Die bislang verbotenen Oppositionsparteien wurden zugelassen, allen voran der Afrikanische Nationalkongress (ANC). Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition ebneten den Weg zu den ersten allgemeinen und freien Wahlen. 1994 wurde Mandela zum ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas gewählt. Damit war die Grundlage für die Überwindung der rassistischen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit gelegt.

Schon in den 1970er Jahren zeigten Meinungsumfragen, dass die Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung keine gewaltsame Entscheidung im Konflikt zwischen Apartheid-Staat und Widerstandsbewegung wollte, sondern zu Kompromissen bereit war. Für die weiße Bevölkerung war dies umso bemerkenswerter, weil die Regierung die Apartheid seit 1948 religiös gerechtfertigt hatte. Schon in den 1980er Jahren hatte Präsident Botha das zentrale Dogma der Apartheid, die Trennung der verschiedenen "Rassen", gelockert und ein Drei-Kammer-Parlament eingeführt, das neben der weißen Mehrheit auch indisch-stämmigen und farbigen ("Coloureds") Südafrikanern und Südafrikanerinnen, nicht aber Schwarzen, eine begrenzte politische Teilhabe ermöglichte.

Im Jahr 1990 begann Präsident de Klerk den offiziellen Verhandlungsprozess, um für die Weißen zumindest die wirtschaftliche Macht zu retten und für den Übergang politische Garantien zu sichern. Entscheidend für den Sinneswandel im Lager der Apartheidbefürworter waren weniger die internationalen Sanktionen und der Druck der weltweiten Anti-Apartheidbewegung als kühle Kosten-Nutzen-Erwägungen. Für die weiße Oberschicht und die Unternehmen war die Aufrechterhaltung der Repression schlicht zu kostspielig geworden. Die Befreiungsbewegung ANC willigte ihrerseits in Verhandlungen ein, weil sie die Macht nicht in einem vom Bürgerkrieg zerstörten Land übernehmen wollte. Schließlich fiel aus Sicht der Apartheidregierung mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Pakts auch die lange beschworene kommunistische Bedrohung ("rooi gevaar"/"rote Gefahr") weg.

Erfolge und Fortschritte

Seit Mitte der 1980er Jahre suchten liberale, weiße Südafrikanerinnen und Südafrikaner den Dialog mit der ANC-Führung im Exil über die Zukunft des Landes. An den ersten Verfassungsgesprächen im Dezember 1991 beteiligten sich alle wichtigen Parteien. Sie einigten sich auf den Grundsatz gleicher Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger und verzichteten gleichzeitig auf die Festschreibung von Rechten für bestimmte ethnische Gruppen in der Verfassung.

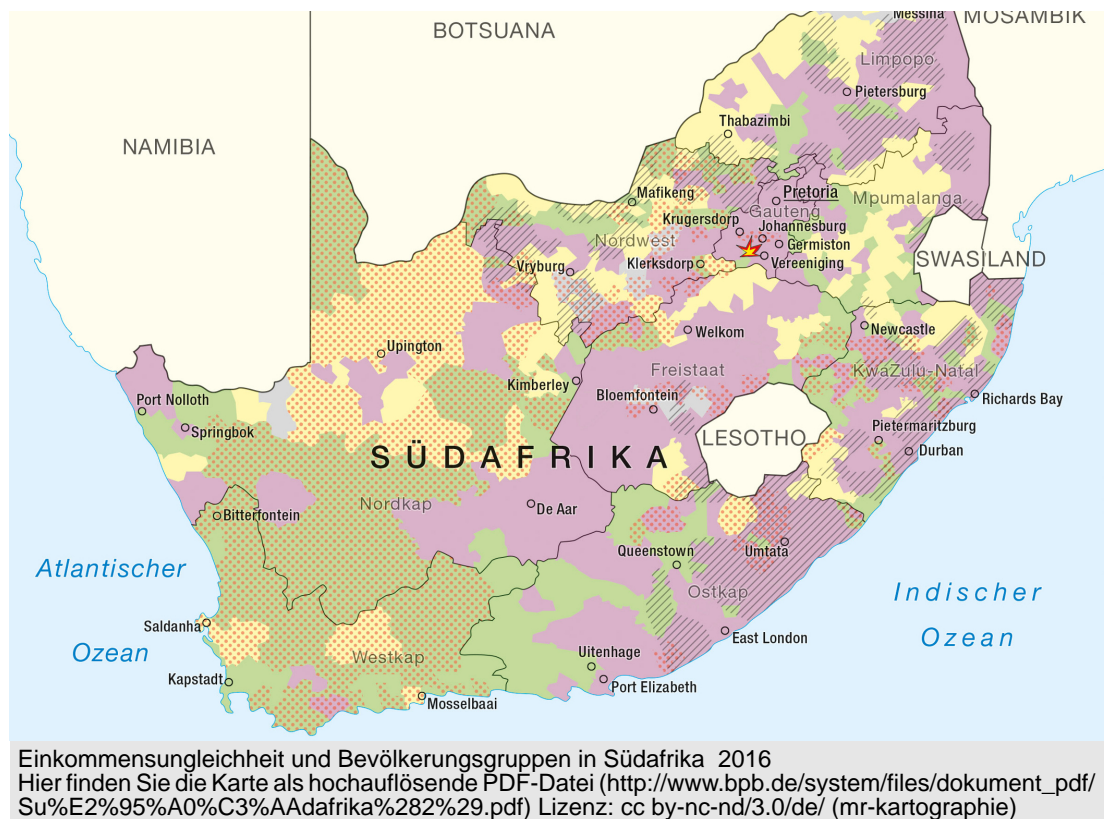
Die schwierigen Verhandlungen zwischen ANC und Regierung beziehungsweise Nationaler Partei (NP), die immer wieder von blutigen Anschlägen in den Townships überschattet wurden und oft kurz vor dem Scheitern standen, endeten 1993 mit der Verabschiedung einer Übergangsverfassung. Die zunehmende Gewalt im Land, die Ermordung von Chris Hani, dem führenden ANC-Mitglied und Generalsekretär der Kommunistischen Partei (SACP), und die Unzufriedenheit der schwarzen Bevölkerung wegen ausbleibender sozialer Reformen zwangen zu raschem Handeln: Die ersten allgemeinen und freien Wahlen Südafrikas wurden bereits im April 1994 abgehalten.

Die Wahlen waren für die schwarzen Südafrikanerinnen und Südafrikaner ein feierliches Ereignis, das mit großen Hoffnungen verknüpft war. Mit 19 Millionen abgegebenen, gültigen Stimmen lag die Wahlbeteiligung bei 87%. Der ANC verfehlte mit 62,7% nur knapp die Zweidrittelmehrheit, während die NP 20,4% und die IFP (Inkatha Freedom Party[1]) 10,5% der Stimmen erhielten. Wie in der Übergangsverfassung festgelegt, wurde zunächst eine Regierung der Nationalen Einheit gebildet, an der der ANC, die NP und die IFP als größte Parteien beteiligt waren. Während seiner Amtszeit legte Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela den Schwerpunkt auf Aussöhnung und Einbindung aller Bevölkerungsgruppen. Erzbischof Desmond Tutu, ebenfalls Friedensnobelpreisträger und prominenter Apartheidgegner, bezeichnete die Südafrikanerinnen und Südafrikaner als "das Regenbogen-Volk Gottes" und fand damit ein Symbol, mit dem sich alle identifizieren konnten.

Nach zwei Jahren legte die Verfassungsgebende Versammlung die endgültige Verfassung des Landes vor. Südafrika erhielt ein Parlament mit 400 Abgeordneten, die nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Die Mehrheitspartei stellt die Regierung und wählt den oder die Präsidentin. Für die absehbare Zukunft wird diese oder dieser weiter aus dem ANC kommen, der das politische Leben dominiert und bislang immer die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt. Die Partei der Apartheid, die NP, hat sich mehrere Male umbenannt und löste sich 2005 ganz auf. Viele Mitglieder wechselten zur DA (damals: Democratic Party), der ehemals weißen liberalen Oppositionspartei; formal schloss sich die Partei sogar dem ANC an.

Die Verbrechen der Vergangenheit wurden mithilfe der "Wahrheits- und

Versöhnungskommission" unter dem Vorsitz Desmond Tutus aufgearbeitet. Unter dem Motto "vergeben, aber nicht vergessen" sollten die Vergehen aller Konfliktparteien aufgedeckt, geständigen Tätern Amnestie gewährt und Opfern zumindest eine symbolische Entschädigung gezahlt werden. Viele Opfer der Apartheid erfuhren zum ersten Mal etwas über das Schicksal verschwundener Angehöriger. Der dreijährige – oft schmerzhaft – Wiedergutmachungsprozess hatte für viele Menschen eine befreiende Wirkung und diente als weltweites Vorbild für **ähnliche Kommissionen in anderen Ländern** (<http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54742/vergangenheitsarbeit>).



Probleme und Defizite

Auch wenn seit der friedlichen Transition in Südafrika inzwischen fast 25 Jahre vergangen sind, wirken viele Altlasten der Apartheid fort. Die sozialen Schichten sind zwar durchlässiger geworden, und mehr schwarzen Südafrikanerinnen und Südafrikanern als je zuvor ist der wirtschaftliche Aufstieg gelungen. Zudem verbesserte die Regierung die Grundversorgung, zum Beispiel durch ein großangelegtes Bauprogramm und den Ausbau der Gesundheits- und Stromversorgung. Doch bis heute leidet die Mehrzahl der schwarzen und farbigen Südafrikanerinnen und Südafrikaner unter wirtschaftlicher Marginalisierung und Armut. Ihr Bildungsniveau und die Möglichkeit, besser bezahlte Stellen zu bekommen, sind trotz Sonderprogrammen der Regierung und des "Black Economic Empowerment"-Programms weitaus geringer als das der weißen Südafrikanerinnen und Südafrikaner, die nur ungefähr 8% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Südafrikas Wert auf dem Gini-Index, der die Einkommensverteilung eines Landes misst, beträgt 63,4 (Deutschlands Wert ist 31,4), dies ist der schlechteste weltweit. Demzufolge ist Südafrika das ungleichste Land der Welt. Hohe Arbeitslosigkeit, ein unzureichendes Bildungssystem und mangelnde Gesundheitsversorgung gehören zu den drängendsten Problemen. Die Frustration darüber führt seit 2008 immer wieder zu brutalen Übergriffen auf Einwanderer aus anderen Staaten Afrikas sowie der Zerstörung von staatlichen Einrichtungen in den ehemaligen Townships. Die offizielle Statistik zählt 27% Arbeitslose, die inoffizielle Zahl liegt bei 40%. Mehr als die Hälfte der arbeitssuchenden Jugendlichen sind ohne Beschäftigung. Die Zahl der Menschen, die staatliche Unterstützung erhalten, ist ungefähr viermal höher als die

derjenigen, die Einkommensteuer zahlen.

Der versöhnende Geist der Mandela-Ära ist mit ihm verschwunden. Das zeigt sich besonders deutlich an Studentenprotesten, die sich gegen Statuen und Namen richten, die mit der kolonialen britischen sowie mit der Apartheid-Vergangenheit in Verbindung gebracht werden. In Kapstadt wurde 2015 die Büste des kolonialen Eroberers und ersten Premierministers der Kap-Kolonie Cecil Rhodes (1853-1902) entfernt. Die Universität in Grahamstown rang lange damit, ob sie den Namen Rhodes University behalten sollte. Im Dezember 2017 entschloss sich die Universität schließlich gegen eine Namensänderung.

Die Vereinnahmung des Staates durch korrupte Mitglieder der ANC-Führung und der administrativen Elite – "state capture" genannt – hat sich vor allem unter dem im Februar 2018 zurückgetretenen Präsidenten Jacob Zuma zu einem zentralen Problem ausgewachsen: Regelmäßig prangern die Opposition und Zeitungen die grassierende Korruption in der Verwaltung, auf lokaler Ebene und der Regierung öffentlich an. Im August 2012 markierten die Schüsse von südafrikanischen Polizisten auf streikende Bergarbeiter in Marikana, bei denen 34 Personen getötet wurden, eine Zäsur im Post-Apartheid-Südafrika. Unzufriedenheit mit Arbeitsbedingungen und Armut führen immer häufiger zu gewaltsamen Streiks und Protestdemonstrationen, die von Sicherheitskräften niedergeschlagen werden. Südafrika gilt weltweit als das Land mit der höchsten Anzahl von Protesten, die sich gegen mangelnde staatliche Leistungen richten.

Die soziale Ungleichheit und die Unzufriedenheit mit der politischen Klasse treiben die ohnehin schon hohe Kriminalitätsrate weiter nach oben, die das Land zu einem der gefährlichsten der Welt macht. Umfrageergebnisse zeigen, dass Südafrikanerinnen und Südafrikaner die Kriminalität für das größte Problem in ihrem Land halten. Die Zahl der Vergewaltigungen ist im weltweiten Vergleich ebenfalls am höchsten. Die männliche sexualisierte Gewalt muss im Zusammenhang mit den Unterdrückungsmechanismen und der Sozialisation im Apartheidsystem gesehen werden. Auch in der nach dem Ende der Apartheid geborenen Generation der "born-free" setzt sich das teilweise brutale Verhalten von Männern fort. Die HIV-Infektionsrate (ca. 11% der Gesamtbevölkerung; jede fünfte Frau im gebärfähigen Alter ist HIV-positiv) gehört ebenfalls zu den höchsten im internationalen Vergleich. Das staatliche Programm der Versorgung mit anti-retroviralen Medikamenten ist nach anfänglich heftigen Kontroversen mit 3,4 Mio. Patientinnen und Patienten mittlerweile das größte der Welt.

Auf der politischen Ebene treten die ideologischen Gegensätze innerhalb des ANC, die während des Kampfes gegen die Apartheid unterdrückt worden waren, immer deutlicher zutage. Im September 2008 musste der amtierende, wirtschaftsfreundliche Präsident Thabo Mbeki kurz vor Ablauf seiner regulären Amtszeit auf Druck des ANC-Vorstands zurücktreten. Zuma wurde vom linken Flügel innerhalb des ANC – der Kommunistischen Partei, den Gewerkschaften und der ANC-Jugendbewegung – unterstützt und konnte sich so gegen Mbeki durchsetzen und wurde zum Parteivorsitzenden sowie im Jahr 2009 zum Präsidenten des Landes gewählt.

Unter Zuma wuchs die Unzufriedenheit im Land über die schlechte Regierungsführung, die Misswirtschaft und Korruption massiv an. Insbesondere der Ausbau der Privatresidenz Zumas auf Staatskosten, zahlreiche Anklagen sowie die politische Einflussnahme einer indisch-stämmigen Unternehmerfamilie erzürnten die Südafrikanerinnen und Südafrikaner. Dennoch gewann der ANC 2014 erneut die Wahlen mit 62,2% der Stimmen. Die Democratic Alliance (DA), größte Oppositionspartei, erhielt 22,2% der Stimmen, ihr stärkstes Ergebnis bislang. Zunehmend gilt die Partei auch bei schwarzen Südafrikanerinnen und Südafrikanern als wählbar, vor allem seit der schwarze Theologe Mmusi Maimane die Partei führt. Er übernahm den Parteivorsitz im Mai 2015 von Helen

Zille, einer Veteranin der Anti-Apartheidbewegung in Südafrika.

Drittstärkste Kraft wurden mit 6,4% der Stimmen und 25 Mandaten die radikalen Economic Freedom Fighters (EFF). Die von Julius Malema, einem ehemaligen Führer der ANC-Jugendliga, 1993 gegründete linksradikale Partei trifft mit ihren militanten, aber auch rassistischen Sprüchen gegen Weiße bei Arbeitslosen und Armen in den ehemaligen Townships auf Zustimmung. Sie befürwortet die Verstaatlichung von Bergwerksgesellschaften und die Enteignung von Großgrundbesitz. Malema hat sich damit als zentraler Gegner des ANC und dessen unternehmerfreundlichen Kurses profiliert.

In letzter Zeit ist die Popularität des ANC wegen der fortgesetzten hohen Arbeitslosigkeit, zunehmend repressiver Gesetze (wie das noch immer nicht verabschiedete Mediengesetz "zum Schutz von Staatsinformationen") und der um sich greifenden Korruption vieler ehemaliger Freiheitskämpfer und ihrer vorgeblichen politischen Erben rapide gesunken. Bei den Kommunalwahlen im August 2016, die als wichtiger Stimmungstest vor den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2019 galten, erreichte die Partei nur noch 54% der Stimmen. Dies ist der niedrigste Wert für die Partei seit den ersten freien und allgemeinen Wahlen im Jahr 1994. Der ANC verlor zudem die Hauptstadt Pretoria sowie die Region Nelson Mandela Bay mit Port Elizabeth an die DA. In Johannesburg wurde der ANC zwar hauchdünn stärkste Kraft, die DA stellt jedoch auch hier den Bürgermeister. Die DA legte demgegenüber auf 27% und die junge EFF auf 8% zu. Dies war ein Warnsignal für den ANC: Im Februar 2018 wurde Zuma von seiner Partei schließlich – wie sein gewählter Vorgänger Mbeki – zum Rücktritt gezwungen und durch Vizepräsident Cyril Ramaphosa ersetzt.

Mit Ramaphosa, der sich innerhalb des ANC nur knapp gegen seine Rivalin Nkosazana Dlamini-Zuma durchsetzen konnte, verbinden sich große Hoffnungen. Ramaphosa ist einer der angesehensten Anti-Apartheidskämpfer des ANC, der bereits bei den Verhandlungen mit der Apartheidregierung in den 1990er Jahren eine zentrale Rolle spielte und heute einer der reichsten Südafrikaner ist. In den Umfragen ist die Zustimmung zur Regierungspartei stark angestiegen, und es ist bereits von einer "Ramaphoria" die Rede. Tatsächlich deuten Ramaphosas Ministerernennungen und erste politische Entscheidungen darauf hin, dass er seine beiden zentralen innerparteilichen Wahlversprechen – Stärkung des Wirtschaftswachstums und Bekämpfung der grassierenden Korruption – umzusetzen gedenkt und Recht und Gesetz schützen will.

2017 wurde die Presse in Südafrika von der US-amerikanischen Organisation **Freedom House** (<https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/south-africa>) nur als "teilweise frei" eingestuft. Vor den Wahlen im Jahr 2019 wird nun viel davon abhängen, ob er die zerstrittene Partei einen und auf seinen Kurs einschwören kann. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist der Umgang mit der vorgesehenen Verfassungsänderung, die die entschädigungslose Enteignung von Land, vor allem von weißen Farmern, erlauben würde. Der ANC hat sich der entsprechenden Initiative der radikalen EFF angeschlossen, um keine Angriffsfläche bei den kommenden Parlamentswahlen zu bieten. Ramaphosa schränkte jedoch ein, dass die landwirtschaftliche Produktion und die wirtschaftliche Stabilität gewährleistet bleiben müssten.

Literatur

Alexander, Neville (2001): Südafrika: Der Weg von der Apartheid zur Demokratie, München: Beck.

Beresford, Alexander (2015): Power, Patronage, and Gatekeeper Politics in South Africa, in: African Affairs, Vol. 144, No. 455, S. 226-248.

Booyesen, Susan (2011): The African National Congress and the Regeneration of Political Power, Johannesburg: Wits University Press.

Boraine, Alex (2000): Country Unmasked. Inside South Africa's Truth and Reconciliation Commission, London: Routledge.

Butler, Anthony (2013): Cyril Ramaphosa, 2nd edition, Jacana Media: Johannesburg.

Dickow, Helga (2010): ANC Forever? Innenpolitische Entwicklungen und Parteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, No. 1/2010, S. 26-32.

Dickow, Helga/ Møller, Valerie (2002): South Africa's "Rainbow People", National Pride and Optimism: a Trend Study, in: Social Indicators Research, Vol. 59, No. 2, S. 175-202.

Foster, Douglas (2012): After Mandela. The Struggle for Freedom in Post-Apartheid South Africa, New York, London: Liveright Publishing Corporation.

Holland, Heidi (2012): 100 Years of Struggle. Mandela's ANC, Johannesburg: Penguin.

Johnson, R. W. (2015): How Long Will South Africa Survive? The Looming Crisis, London: Hurst.

Landau, Loren B. (2015): Xenophobe Gewalt in Südafrika

Marais, Hein. (2011): South Africa Pushed to the Limit: The Political Economy of Change, London/New York: Zed Books.

Soest, Christian von (2010): Versöhner, Manager, Populist – Das Wirken der Präsidenten für die Konsolidierung der südafrikanischen Demokratie, in: Distler, Werner/ Weissenbach, Kristina (Hrsg.): Konsolidierungsprojekt Südafrika: 15 Jahre Post-Apartheid, Baden-Baden: Nomos, S. 89-106.

Soest, Christian von (2010): Regenbogennation als regionale Führungsmacht?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, No. 1/2010, S. 19-25. (<http://www.bpb.de/apuz/33050/regenbogennation-als-regionale-fuehrungsmacht?p=all>)

Soest, Christian von (2012): Der ANC hat keine Lösung für die soziale Misere. GIGA Focus Afrika 12, Hamburg: German Institute of Global and Area Studies. (<https://www.giga-hamburg.de/de/publication/s%C3%BCdafrika-der-anc-hat-keine-l%C3%B6sung-f%C3%BCr-die-soziale-misere>)

Sparks, Allister (1996): Tomorrow is Another Country. The Inside Story of South Africa's Road to Change, Chicago: University of Chicago Press.

Sparks, Allister (2003): Beyond the Miracle. Inside the New South Africa, London: Profile Books.

Wilke-Launer, Renate (Hrsg.) (2010): Südafrika: Katerstimmung am Kap, Frankfurt/M.: Brandes und Apsel.

Links

Berichte und Sendungen der Deutschen Welle zu Südafrika. (<http://www.dw.com/search/?languageCode=de&item=S%C3%BCdafrika&searchNavigationId=9077&sort=RELEVANCE&resultsCounter=10>)

Berichte und Sendungen des Deutschlandfunks zu Südafrika. (<http://www.deutschlandfunk.de/suchergebnisse.448.de.html?search%5Bsubmit%5D=1&search%5BwithNews%5D%5B%5D=WithNews&search%5Bword%5D=S%C3%BCdafrika>)

Offizielle Website der Wahrheits- und Versöhnungskommission (<http://www.justice.gov.za/trc/>)

Website der südafrikanischen Zeitung Mail & Guardian (<https://mg.co.za/>)

Website der südafrikanischen Zeitung Business Day (<https://www.businesslive.co.za/bd/>)

Fußnoten

1. Die Inkatha Freiheitspartei (IFP) wurde 1975 von schwarzen Aktivisten und Politikern als militantes antikommunistisches und gegen den ANC gerichtetes Projekt gegründet. Sie zeigte sich gegenüber der Apartheid-Regierung deutlich kompromiss- und kooperationsbereiter. Die bis heute bestehende Partei stützt sich mehrheitlich auf die ethnische Gruppe der Zulu.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nd/3.0/](http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/>)

Online-URL

<http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54809/suedafrika>

Impressum

Diensteanbieter
gemäß § 5 Telemediengesetz (TMG)
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
redaktion@bpb.de